

# Information für die Presse

## Landesorganisation Bremen

Roland Pahl, Landesgeschäftsführer  
Tel. 0421/3 50 18-13, Fax 0421/3 50 18-37, Mobil 0177.3 50 18 13

19. März 2014

### Schluss mit ungleicher Bezahlung bei gleicher Arbeit!

*Die stellvertretende Landesvorsitzende der Bremer SPD, Sarah Ryglewski, MdBB, erklärt zum Equal-Pay-Day am 21. März 2014:*

„Und jährlich grüßt das Murmeltier – der Equal-Pay-Day am 21. März erinnert uns auch im Jahr 2014 daran, dass Frauen bis zu diesem Tag hätten arbeiten müssen, um das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Mannes zu erhalten. Das ist ein Armutszeugnis für die Politik in Deutschland. Rechtlich mag die Gleichstellung zwischen Frau und Mann vollzogen sein, wirtschaftlich steht uns noch ein langer Weg bevor.

Viele Frauen befinden sich, auch heute noch, in einem Teufelskreis: Sogenannte „Frauenberufe“ werden meist schlecht bezahlt und häufig fehlt in ihren Betrieben und Branchen eine Tarifbindung. Durch die geringen Stundenlöhne können Frauen häufig keine existenzsichernde Rente aufbauen und sind so auch im Alter überproportional von Armut bedroht. Darüber hinaus steigen viele Frauen nach ihrer Elternzeit häufig in Teilzeit oder über Minijobs wieder in den Beruf ein. Für viele ist dies gleichbedeutend mit dem Karriereende. Hier setzt auch das diesjährige Motto des Equal-Pay-Day „... und raus bist Du?“ an, das ein Bewusstsein dafür schaffen soll, dass ein Wiedereinstieg nach längeren Erwerbsunterbrechungen in Teilzeit oder Minijob nicht nur Spuren in der individuellen Erwerbsbiografie hinterlassen, sondern ihre starke Verbreitung auch ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, weil wertvolle weibliche Qualifikationen für den Arbeitsmarkt ungenutzt bleiben. Hier braucht es neben ausreichenden Betreuungsplätzen und flexibleren Arbeitszeiten für Frauen und Männer auch eine veränderte Unternehmenskultur, die Kindererziehung nicht mehr in erster Linie als Störung im Betriebsablauf, sondern im Gegenteil als wertvolle Erfahrung sieht, die auch dem Unternehmen zugutekommt.

Doch die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern lässt sich nicht allein durch die höhere Teilzeit – und Mini-Jobber-Quote erklären. Frauen erhalten selbst für die gleiche Arbeit im Durchschnitt 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Mit einem neuen Gesetz wird die SPD dafür sorgen, dass Lohndiskriminierung aufgedeckt und sanktioniert wird. Dies ist notwendig, da das bisherige Diskriminierungsverbot wirkungslos ist, da es von einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fordert, ihren Arbeitgeber auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu verklagen – eine hohe Hürde, die viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abschreckt. Deshalb werden wir Betriebe per Gesetz dazu verpflichtet, ihre Gehaltsstruktur zu überprüfen und vorhandene Diskriminierung zu beenden. Ziel ist es bestehende Ungleichheiten aufzudecken und zu beseitigen und bei fortgesetzter Lohndiskriminierung

auch zu sanktionieren. Wir wollen, dass „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!“ keine Forderung bleibt, sondern endlich auch Realität in Deutschland wird.“